

## Kriegsökonomien und natürliche Ressourcen : Das andere Gesicht der Globalisierung

Claude Serfati

---



**Electronic version**

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/436>

ISSN: 1663-9677

**Publisher**

Institut de hautes études internationales et du développement

**Printed version**

Date of publication: 1 octobre 2006

Number of pages: 115-135

ISBN: 2-88247-065-7

ISSN: 1660-5926

**Electronic reference**

Claude Serfati, « Kriegsökonomien und natürliche Ressourcen : Das andere Gesicht der Globalisierung », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 25-2 | 2006, Online erschienen am: 07 Juni 2010, abgerufen am 07 Juli 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/436>

---

---

# Kriegsökonomien und natürliche Ressourcen: Das andere Gesicht der Globalisierung

Claude Serfati\*

---

## Einführung

---

Ende der 90er Jahre begann das Fortbestehen zahlreicher Konflikte das Interesse der Forschung zu wecken. Die verheerenden Auswirkungen der Kriege standen in einem krassen Gegensatz zur neoliberalen Überzeugung, der Siegeszug von Demokratie, Markt und Frieden werde nach dem Ende des (mehr oder minder) Kalten Krieges unaufhaltbar voranschreiten und durch verbleibende Hürden kaum behindert werden. Die Debatte kreiste im Wesentlichen um die von der Forschungsgruppe unter der Leitung von Paul Collier durchgeführten und von der neoklassischen Lehre geprägten Arbeiten der Weltbank, welche diese Konflikte als „Bürgerkriege“ oder „ethnische Auseinandersetzungen“ qualifizierten und die Ursachen dafür grösstenteils in den betreffenden Ländern selbst orteten, während sie sich über die wirtschaftlichen und weltpolitischen Hintergründe dieser Auseinandersetzungen ausschwiegen. Demgegenüber ist der vorliegende Beitrag von der Hypothese geleitet, dass die in den 90er Jahren und danach beobachteten bewaffneten Konflikte um natürliche Ressourcen im Kontext der gegenwärtigen Globalisierung<sup>1</sup> neu situiert werden müssen.

Der Beitrag ist wie folgt strukturiert: Im Unterschied zu zahlreichen anderen Arbeiten zum Thema wird eingangs die strategische Bedeutung natürlicher Ressourcen für die entwickelten Länder in Erinnerung gerufen, sodann werden die Thesen der Weltbank in Bezug auf die „Kriege um Ressourcen“ kritisch erörtert. Anschliessend wird aufgezeigt, auf welcher vielschichtigen Weise die politische Ökonomie der Ressourcenkriege in die gegenwärtigen Globalisierungsprozesse eingebettet ist, und abschliessend werden mehrere Hypothesen zum globalisierten Kapitalismus präsentiert. Im letzten Teil wird auf die Analyse der Globalisierung als hierarchisch strukturierter und differenzierter Universalisierungsprozess eingegangen, in deren Mittelpunkt das *Rent-Seeking* eine bedeutende Stärkung erfahren hat.

\* Dozent für Wirtschaft, Leiter des Bereichs Globalisierung, Gouvernance, Nachhaltige Entwicklung (*Mondialisation, Gouvernance, Développement durable, MGDD*), Centre d'économie et d'éthique pour l'environnement et le développement (C3ED), Université de Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines, Frankreich.

<sup>1</sup> Der Autor des französischen Originaltexts verwendet bewusst den Terminus *mondialisation*. Im Gegensatz zum Begriff *globalisation*, der für die wachsende Bedeutung des ökonomischen Denkens in allen Lebensbereichen steht, bezeichnet *mondialisation* die zunehmende internationale Verflechtung von Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft. Sowohl *mondialisation* als auch *globalisation* werden im Deutschen mit „Globalisierung“ wiedergegeben (A.d.Ü.).

*„Oil in the next war will occupy the place of coal in the present war, or at least a parallel place to coal. The only big potential supply that we can get under British control is the Persian [now Iran] and Mesopotamian [now Iraq] supply... Control over these oil supplies becomes a first class British war aim.“*

Sir Maurice HANKEY, britischer First Secretary of the War, 1918<sup>2</sup>.

Im Zentrum dieses Artikels steht die Problematik der heutigen Kriege um natürliche Ressourcen. Dabei ist zu bedenken, dass es sich bei den Produktionsprozessen ursprünglich um eine Beziehung zwischen Mensch und Natur handelt, deren Ressourcen zum Teil „gebunden“, gleichzeitig aber im Allgemeinen für das Überleben und den Fortbestand der Gesellschaften wesentlich sind. Daher überrascht es nicht, dass natürliche Ressourcen seit Menschengedenken Gegenstand eines Austauschs zwischen Gesellschaften sind. Der Handel mit natürlichen Ressourcen, die diesem Austausch zugrunde lagen, ging häufig mit der gewaltsamen Aneignung dieser Ressourcen einher. Auch mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert haben die natürlichen Ressourcen, trotz technischer Fortschritte namentlich im Bereich der synthetischen Chemie, nichts von ihrer entscheidenden Bedeutung eingebüsst. Ganz im Gegenteil: Ab Ende des 19. Jahrhunderts trugen der wirtschaftliche Wettbewerb und die Notwendigkeit zunehmender Importe von Nahrungsmitteln und Metallen maßgeblich zu bewaffneten Konflikten zwischen den Ländern Europas bei und dienten als Motive für die Eroberung von Kolonien oder für die politische Unterwerfung unabhängiger Staaten während der ersten Globalisierungsphase (Imperialismus) des späten 19. Jahrhunderts.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde mit der Suche nach Erdöl – das noch heute die Grundlage für die Produktion und den Konsum von Gütern darstellt – ein neuer Abschnitt im Kapitel der Kriege und territorialen Eroberungen eingeleitet. Bis heute ist der Mittlere Osten tief greifend von den geopolitischen Machtgelüsten gezeichnet, die sich im Anschluss an den Ersten Weltkrieg und den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches entfalteten. Anders als die Vereinigten Staaten, die Ende des 19. Jahrhunderts ihren Rohstoffbedarf noch aus eigenen Vorkommen decken konnten, waren die europäischen Länder von Importen abhängig. Die britische Admiralität fürchtete eine Abhängigkeit von Washington und war ob des Vorsprungs beunruhigt, den Deutschland bei der Erdölförderung im Osmanischen Reich verbuchen konnte, nachdem der Sultan Abdul Hamid deutschen Financiers und Industriellen 1904 gewisse Vorrechte bei der Suche nach Erdölvorkommen eingeräumt hatte.

<sup>2</sup> Zitiert in Greg Muttitt, *Crude Designs: The Rip-Off of Iraq's Oil Wealth*, published by Platform, with Global Policy Forum, Institute for Policy Studies (New Internationalism Project), New Economics Foundation (NEF), Oil Change International and War on Want, 2005, <<http://www.globalpolicy.org/security/oil/2005/crudedesigns.pdf>>.

Unmittelbar nach Kriegsende nahmen die Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens Verhandlungen zur Teilung der bereits bekannten oder noch zu erschliessenden Vorkommen auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches auf. Die Aufteilung der Vorkommen zwischen den beiden europäischen Grossmächten – das besiegte Deutschland wurde ebenso ausgeschlossen wie das nunmehr sowjetische Russland – wurde im April 1920 mit dem Vertrag von San Remo besiegelt. Aber auch die Vereinigten Staaten machten mit gehörigem Druck ihre Interessen geltend. Somit waren ausschliesslich Westmächte am Kapital der *Turkish Petroleum Company* (TPC) beteiligt, welche die Erdölvorkommen des Irak erschliessen und bewirtschaften sollte (Tabelle 1).

**Tabelle 1: Beteiligungen an der Turkish Petroleum Company (Vertrag vom 31. Juli 1928)**

Gesellschaften	Beteiligung (in Prozent)
Anglo-Persian	23.75
Royal Dutch Shell	23.75
Compagnie Française des Pétroles (CFP)	23.75
Near East <sup>a</sup>	23.75
Gulbenkian	5.00

Quelle: A. Nouschi, *Luttes pétrolières au Proche-Orient*, Paris, Flammarion, 1970.

<sup>a</sup> Dazu zählten: Standard Oil of New Jersey, Standard Oil of New York, Pan American Petroleum & Import, Gulf Corporation und Atlantic Refining Company.

Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg bauten die USA ihre Hegemonialmacht anhand eines an den Dollar gekoppelten Finanz- und Geldwesens sowie aufgrund einer unbestrittenen militärischen Vormachtstellung in der westlichen Hemisphäre aus, die ihnen die Errichtung gesicherter Versorgungsnetze zur Stillung des Erdöhlungers ihrer Wirtschaft erleichterte. Der steigende Erdölbedarf beschleunigte nicht nur die Suche nach neuen Vorkommen und ihre Ausbeutung, sondern führte auch immer häufiger zu militärischen Interventionen mit dem Ziel, unkooperative Regimes (Mossadeq im Iran 1953, Arbenz in Guatemala 1954) zu stürzen.

Mit der Weltwirtschaftskrise und dem brutalen Anstieg des Ölpreises ab 1973 entwickelten sich die Wahrung der Finanzinteressen im Zusammenhang mit dem Erdöl sowie die Sicherstellung einer kontinuierlichen Versorgung zu zentralen Aspekten der nationalen Sicherheitsstrategie. Ende der 70er Jahre verkündete Präsident Carter eine neue Doktrin: „*An attempt by an outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault on the vital interests of the United States. It will be repelled by the use of any means necessary, including military force*“; Carters Berater für nationale Sicherheit, Zbigniew Brzezinsky, fasste diese Position wie folgt zusammen: „*Oil Policy, to ensure availability of oil at reasonable prices and to reduce Western dependence on Gulf oil*“.<sup>3</sup> Am 19. April 1999 erklärte der Chef der Streitkräfte, Anthony C. Zinni, vor der Militärkommission des Senats, dass die Golfregion für die Vereinigten Staaten von „lebenswichtigem Interesse“ sei und das Land einen ungehinderten Zugang zu den Ressourcen der Region haben müsse.<sup>4</sup> Die

<sup>3</sup> US, *Persian Gulf Security Framework*, Presidential Directive/NSC-63, 15. Januar 1981, <<http://www.jimmycarterlibrary.org/documents/pddirectives/pd63.pdf>>.

<sup>4</sup> Zitiert in James A. Paul, *Oil Companies in Iraq: A Century of Rivalry and War*, Global Policy Forum, November 2003, <<http://www.globalpolicy.org>>.

so genannte „Carter-Doktrin“ prägt noch heute die Strategie der USA in der Golfregion, gestärkt durch die Besessenheit der Clinton-Administration in den 90er Jahren und natürlich auch der Administration der Präsidenten Bush Senior und Junior in Bezug auf Erdölfragen.

## Neue Sicherheitsdoktrinen: Natürliche Ressourcen und Energieträger im Mittelpunkt

---

Die entscheidende Bedeutung des Erdöls und der Energieressourcen für die entwickelten Länder zeigt sich darin, dass diese beidseits des Atlantiks in den Strategien zur nationalen Sicherheit eine zentrale Stellung einnehmen.

### USA und NATO auf der einen Seite...

Im Laufe der 90er Jahre traten in den entwickelten kapitalistischen Ländern Verteidigungsziele gegenüber Sicherheitsanliegen nach und nach in den Hintergrund. Auf internationaler Ebene wurde unter Sicherheit in der Regel der staatliche Schutz vor militärischen Angriffen anderer Staaten verstanden, und die Forschung konzentrierte sich mehrheitlich auf die Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten. Lange Zeit wurde die Sicherheit somit fast ausschliesslich auf militärische und verteidigungsbezogene Funktionen reduziert.

Die zunehmende Durchlässigkeit der Landesgrenzen für Finanz- und Warenflüsse, die fehlende Regulierung bzw. die Deregulierung der Märkte und insbesondere die bedeutenden geopolitischen Umwälzungen infolge des Zusammenbruchs der UdSSR veranlassten die dominierenden Mächte, Fragen der Sicherheit aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten. Seither befasst sich die nationale Sicherheit mit zahlreichen Bedrohungen, die weit über militärische Angriffe und Massenvernichtungswaffen hinausgehen. Als beherrschende Nation in der Weltpolitik wie auch im internationalen Handel spielten die USA dabei eine Vorreiterrolle. Bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 zeichnete sich ein Umdenken ab<sup>5</sup>: Ein Bericht der US-amerikanischen Kommission für nationale Sicherheit, der neben Vertretern beider Parteien auch namhafte Ökonomen (darunter Paul Krugman) angehörten, zählte alle „lebenswichtigen Interessen“ des Landes auf, deren Bedrohung nach Ansicht der Verfasser einen sofortigen militärischen Gegenschlag erfordern. Darunter findet sich – auf gleicher Ebene wie Angriffe mit Nuklear- oder Massenvernichtungswaffen – die Verteidigung der Globalisierung, das heisst die Erhaltung der Funktionsfähigkeit und der Stabilität der globalen Systeme wie die Handels-, Finanz- und Energieversorgungsnetze sowie die Umwelt<sup>6</sup>.

Das Washingtoner Gipfeltreffen der NATO vom 23. und 24. April 1999 war vom Verschwinden des Feindes geprägt, zu dessen Abwehr die NATO gegründet worden war, und fand im Kontext der „Globalisierung“ statt. Als Antwort auf die veränderte Konstellation wurde ein neues *Strategisches Konzept des*

<sup>5</sup> C. Serfati, *La mondialisation armée : le déséquilibre de la terreur*, coll. La Discorde, Paris, Textuel, 2001.

<sup>6</sup> Commission on America's National Interests, *America's National Interests*, Juli 2000, <[http://bcsia.ksg.harvard.edu/BCSIA\\_content/documents/AmerNatInter.PDF](http://bcsia.ksg.harvard.edu/BCSIA_content/documents/AmerNatInter.PDF)>.

*Bündnisses* erarbeitet, das den Handlungsspielraum der NATO im doppelten Sinne erweiterte: Zum einen können Einsätze nicht mehr nur auf dem europäischen Kontinent, sondern auch ausserhalb stattfinden. Von dieser strategischen Neuausrichtung zeugt seit 1999 die Präsenz von NATO-Truppen im Irak, in Afghanistan und in jüngerer Zeit in Afrika. Zum andern verbreiterte sich das Spektrum der Bedrohungen, gegen die die NATO vorzugehen hätte: Punkt 24 des *Strategischen Konzepts des Bündnisses* besagt, dass „die Sicherheit des Bündnisses [...] jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen [muss]. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassender Natur berührt werden, einschliesslich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer grossen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen.“<sup>7</sup>

Dieses neue Sicherheitsanliegen, namentlich der Schutz des ungehinderten Zugangs zu natürlichen Ressourcen, könnte auf den entschlossenen Widerstand, wenn nicht sogar auf Aufstände seitens Bevölkerungsgruppen stossen, die diese natürlichen Ressourcen als „ihr“ Eigentum betrachten könnten. Folglich muss sich die NATO auf Einsätze vorbereiten, die sich aus dem wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Gefälle ergeben, das – sofern die Verzweiflung in Gewalt umschlägt – den Nährboden für die Revolutionen des 21. Jahrhunderts bilden könnte. Diese Revolutionen können zu einer politischen Instabilität führen, welche die Unterbrechung der Versorgung aus den an Bodenschätzen reichen afrikanischen und asiatischen Ländern zur Folge haben könnte<sup>8</sup>.

### ... EU und Frankreich auf der anderen Seite

Die Europäische Union (EU) verfügt weder über zentrale Streitkräfte, noch ist sie eine homogene politische Grossmacht. Die politischen Bestrebungen der Gemeinschaft wie auch ihrer Mitgliedsländer aber als *soft power* zu bezeichnen, dies wird in manchen Regionen der Welt wahrscheinlich Erstaunen hervorrufen. Tatsächlich deuten die historische Entwicklung Europas und die Kräfte, welche die Errichtung der Gemeinschaft vorantreiben, auf eine originelle Konstellation hin, die dem entspricht, was der derzeitige Berater Javier Solana's, Robert Cooper, als „liberalen Imperialismus“<sup>9</sup> bezeichnet. Cooper zufolge besteht die historische Mission des postmodernen Europas darin, eine Grenze zu ziehen zwischen der „zivilisierten“ Welt, die dem Krieg endgültig abgeschworen hat, und dem „Dschungel“, der Europa seine eigenen Gesetze aufzwingt und den Einsatz schlagkräftigster militärischer Mittel erfordert. Unter den neuen sicherheitsstrategischen Gegebenheiten geht es für Europa nicht mehr darum, sein Territorium zu verteidigen – wozu es durchaus fähig ist, was aber heutzutage nicht mehr sehr relevant ist.

<sup>7</sup> NATO, *The Alliance's Strategic Concept*, 24. April 1999, <<http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065e.htm>> (deutsche Fassung: *Das Strategische Konzept des Bündnisses*, 24. April 1999, herausgegeben von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Nordatlantikpakt-Organisation, <<http://www.nato.int/germany/docu/p99-065d.htm>>).

<sup>8</sup> T. Sandler, K. Hartley, *The Political Economy of NATO: Past, Present, and into the 21th Century*, Cambridge, Cambridge University Press, 1999.

<sup>9</sup> Eine Analyse dieser Thesen findet sich in C. Serfati, „L'impérialisme et ses nouveaux penseurs“, in *Impérialisme et militarisme au XXI<sup>e</sup> siècle*, Lausanne, Editions Page2, 2004.

Die nationale Verteidigung beginnt heute vielmehr ausserhalb der eigenen Grenzen, in Gebieten wie Afghanistan und dem Irak.<sup>10</sup>

In ihren Dokumenten betont die Europäische Union, dass die „Energiesicherheit“ zu einem prioritären Anliegen der Regierungen werden müsse, da sich die Abhängigkeit der EU von Energieressourcen weiter verstärken werde. Deckte die EU zu Beginn des laufenden Jahrzehnts bereits 76 Prozent ihres Erdölbedarfs durch Importe, so dürften es bis 2020 sogar 90 Prozent sein. Jedoch wird die Formulierung einer gemeinsamen Politik im Bereich der Energiesicherheit ein langer und steiniger Weg sein, denn die Energiefrage ist aufs engste mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der europäischen Staaten verknüpft, insbesonderr für jene, die Jahrzehnte der Kolonialisierung hinter sich haben. In Frankreich, einem Land, das hingegen eine langjährige Erfahrung militärischer Aktion zur Sicherung seiner Versorgung hat, häufen sich die Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Sicherheit und Energie. In seinem Bericht aus dem Jahr 2005 nennt der *Conseil économique de la défense* eine ganze Reihe von Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Er erinnert daran, dass die Energiefrage ein wesentliches Element der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei<sup>11</sup>, dass die Einsatzbereitschaft der französischen Streitkräfte und die Verteidigungspartnerschaften mit Herkunfts- oder Transitländern von Beschaffungen es Frankreich ermöglichen, in Afrika und im Persischen Golf eine proaktive Sicherheitspolitik zu verfolgen<sup>12</sup>, und dass diese Politik im Alleingang (hauptsächlich in Afrika), im Rahmen der Europäischen Union<sup>13</sup> oder aber in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten durchgeführt wird und darauf abzielt, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

## „Kriege um Ressourcen“

---

Die kontinuierliche Zunahme der bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg – insbesondere der innerstaatlichen Konflikte – löste in den 90er Jahren eine Debatte aus, die im Wesentlichen um die von der Weltbank veröffentlichten Studien kreiste.

## Ein neuer Forschungsgegenstand

Ende der 90er Jahre begann das Andauern zahlreicher Konflikte die Aufmerksamkeit der Forscher auf sich zu ziehen. Die verheerenden Folgen der Kriege standen in scharfem Kontrast zur neoliberalen Weltanschauung, welche nach dem Ende des (mehr oder weniger) Kalten Krieges den unaufhaltsamen Vormarsch von Demokratie, Markt und Frieden – durch verbleibende Hürden kaum

<sup>10</sup> R. Cooper, „The European Answer to Robert Kagan“, *Internationale Politik, Transatlantic Edition*, Vol. 4, No 2, 2003, <<http://www.weltpolitik.net>>.

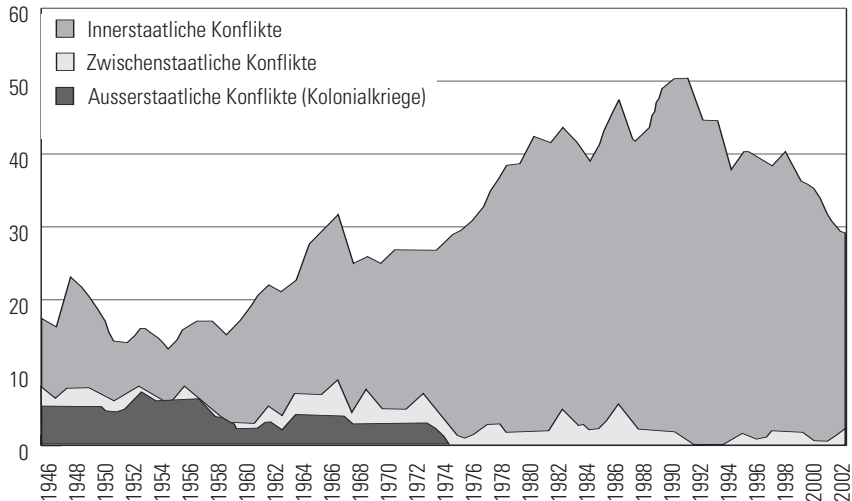
<sup>11</sup> Conseil économique de la défense, *L'économie de la défense 2005*, Paris, Ministère de la défense, 2005, S. 204.

<sup>12</sup> Ibid., S. 228.

<sup>13</sup> Zur Forderung, die EU solle die militärischen Mittel ihrer Mitgliedsländer koordinieren, um sich die Last der Sicherung der weltweiten Versorgungswege von Öl und Erdgas mit den Vereinigten Staaten zu teilen, siehe C.-A. Paillard, *Quelles stratégies énergétiques pour l'Europe?*, Fondation Robert Schuman, 2006, S. 72.

behindert – prophezeite. In Wirklichkeit nahm die Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich zu, auch wenn aus ihrem Rückgang in den 90er Jahren optimistische Schlussfolgerungen gezogen werden<sup>14</sup>.

**Abbildung 1: Zahl der bewaffneten Konflikte<sup>a</sup>, 1946-2002**



Quelle: Human Security Centre, *Human Security Report 2005*, University of British Columbia.

<sup>a</sup> Konflikte, die mehr als 25 Todesopfer pro Jahr forderten.

Die Kriege und Konflikte, welche die 90er Jahre prägten, gaben den Anstoss zu einer umfangreichen Forschungstätigkeit, die zwei wesentliche Schlussfolgerungen zulässt: Erstens unterscheiden sich die heutigen bewaffneten Konflikte grundlegend von den Kriegen, die seit dem 19. Jahrhundert überall auf der Welt geführt worden waren. Diese „neuen Kriege“ heben sich im Hinblick auf ihre Ziele, ihre Methoden und ihre Finanzierung von den früheren Konflikten ab<sup>15</sup>: An die Stelle geopolitischer oder ideologischer Ziele sind Fragen der Identität getreten, die sich auf die Nation, den Clan, die Religion oder die Sprache beziehen. Die Kampfmethoden beruhen nicht mehr auf der Gebietseroberung mit militärischen Mitteln, sondern auf der Kontrolle über ein Gebiet durch politische Machtausübung über die Bevölkerung. Die Ökonomie der neuen Kriege schliesslich ist dezentralisiert, bewirkt hohe Arbeitslosigkeit und ist auf externe Ressourcen (Diaspora, humanitäre Hilfe, Veräusserung erbeuteter Ressourcen auf den Weltmärkten, usw.) angewiesen.

Dass Bürgerkriege als „neue Kriege“ bezeichnet werden, wird zuweilen kritisiert, da damit ein zu krasser Gegensatz zwischen den Motiven der Bürgerkriege der Vergangenheit und denjenigen der heutigen Bürgerkriege impliziert werde, wobei die ersteren stark beschönigt, die letzteren dagegen zu scharf verurteilt

<sup>14</sup> Vergleiche hierzu Human Security Centre, *Human Security Report 2005*, University of British Columbia.

<sup>15</sup> M. Kaldor, *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era*, Cambridge, Polity, 1999.



würden<sup>16</sup>. Weitaus schwerer wiegt indessen der Vorwurf, es handle sich bei dieser Bezeichnung um ein ideologisches Konstrukt der Anhänger des Konzepts der „neuen Kriege“, das auch den Forschern der Weltbank als Grundlage für ihre Arbeit diene. Die Unvereinbarkeit der Ideologien verbiete es, den Graben zwischen den Werten des neuen „Lagers der Guten“ (Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) und denjenigen der Barbaren zu überwinden und die Unvorhersehbarkeiten der Demokratisierung, aber auch die Misserfolge, Erfolge und Teilerfolge friedenserhaltender Operationen und humanitärer Einsätze als Mittel zum Ausweg aus der Krise zu betrachten, namentlich in Afrika und auf dem Balkan<sup>17</sup>. Auch US-amerikanischen Armeekreisen nahe stehende Spezialisten beurteilen diese Sichtweise der „neuen Kriege“ skeptisch<sup>18</sup>. Vor allem aber ist zu betonen, dass bei der Analyse dieser „neuen Kriege“ deren Zusammenhänge mit dem Globalisierungsprozess des Kapitals kaum berücksichtigt werden.

Die zweite Schlussfolgerung, den die Arbeiten über diese „neuen Kriege“ zulassen, ist von besonderem Interesse. Die in den 90er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts beobachteten Kriege stehen in einem engen Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen und werden gemeinhin als „Kriege um Ressourcen“, wie Michael Klare sie genannt hat, – Auseinandersetzungen um „Konfliktgüter“ oder „*conflict commodities*“ (UNO) bzw. „*mineral conflicts*“ (OECD) bezeichnet.

## Der Ansatz der Weltbank im Kreuzfeuer der Kritik

Im Mittelpunkt der Debatte standen die Arbeiten, die von der Forschungsgruppe unter der Leitung von Paul Collier im Rahmen des Weltbank-Forschungsprojekts *Economics of Civil War, Conflict and Violence* durchgeführt wurden. Collier versucht, die „ökonomischen Ursachen der Konflikte“ zu analysieren<sup>19</sup>. Er hält fest, dass die moderne Ökonomie der Konflikte mit dem traditionellen Marxismus einig geht, indem sie letztlich wirtschaftliche Gründe dafür verantwortlich macht<sup>20</sup>. Dass Collier selbst einen entgegengesetzten Ansatz verfolgt, liegt auf der Hand: Die Arbeiten der Weltbank ergänzen und vervollständigen die umfangreiche neoklassische Literatur zur Ökonomie der Konflikte, die seit Beginn der 80er Jahre entstanden ist, und zu der Collier selbst massgeblich beigetragen hat. Als die Vertreter der neoklassischen Theorie sich der Konfliktforschung zuwandten, machten sie als erstes mit sämtlichen Beiträgen anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen reinen Tisch. Oder, um es mit den Worten eines der bekanntesten Ökonomen auf diesem Gebiet zu sagen: „Als sich die Ökonomen dieses Forschungsbereichs schliesslich annahmen, taten sie natürlich gut daran, sich von allen autochthonen und nicht theoretisch fundierten Erklä-

<sup>16</sup> S. N. Kalyvas, „New and Old Civil Wars: A Valid Distinction?“, *World Politics*, Vol. 54, No 1, Oktober 2001, S. 99-118.

<sup>17</sup> R. Marchal, C. Messiant, „Les guerres civiles à l'ère de la globalisation. Nouvelles réalités et nouveaux paradigmes“, *Critique internationale*, no 18, 2003, S. 91-112.

<sup>18</sup> Eine dem clausewitzschen Ansatz verpflichtete Analyse der Kriege präsentiert Colin S. Gray, „How Has War Changed since the End of the Cold War?“, *Parameters*, Frühjahr 2005, S. 14-26.

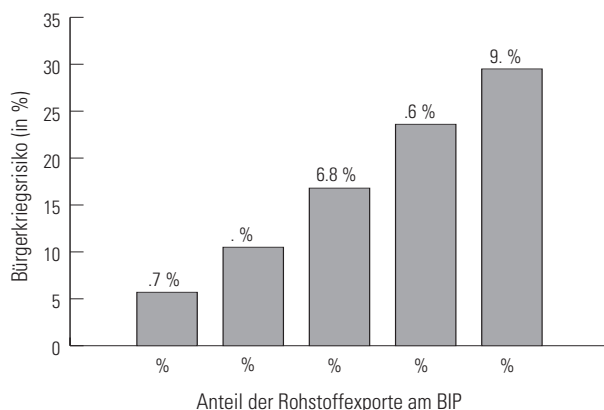
<sup>19</sup> P. Collier et al., *Economic Causes of Civil Conflict and Their Implications for Policy*, World Bank Report, 2000, <<http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/civilconflict.pdf>>.

<sup>20</sup> *Ibid.*, S. 5.

rungsansätzen [also jene, die von Historikern, Soziologen, Psychologen, Philosophen und anderen formuliert wurden, *Anmerkung des Autors*] zu befreien.“<sup>21</sup>

Die wichtigste Schlussfolgerung von Paul Collier und Anke Hoeffler aus einer Untersuchung über 54 bewaffnete Konflikte, die sich zwischen 1965 und 1999 abspielten, ist, dass Länder, deren Wirtschaft stark von Rohstoffexporten abhängig ist, ein höheres Konfliktrisiko aufweisen (Abbildung 2)<sup>22</sup>.

**Abbildung 2: Natürliche Ressourcen und Bürgerkriegsrisiko in einkommensschwachen Ländern**



Quelle: P. Collier et al., *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*, Policy Research Report, Washington DC, World Bank, 2003, S. 76.

Ein wesentlicher Erklärungsansatz dieser Schule lautet, dass der von der traditionellen Ökonomie der Konflikte verfochtene Gegensatz zwischen „Forderungen“ bzw. Groll (*grievance*), welcher zu friedlichen Protesten führt, und „ökonomischem Opportunismus“ bzw. „Gier“ (*greed*), die Rebellionen auslöst, in Wirklichkeit bedeutungslos ist. Einerseits dürfe man Aufständische nicht beim Wort nehmen, denn diese behaupteten ausnahmslos, mit ihrer Aktion Forderungen befriedigen zu wollen, obwohl sie in Wirklichkeit lediglich darauf bedacht seien, sich die zur Kriegsführung benötigten Geldmittel zu beschaffen. Mit diesem Argument rauben die Ökonomen der Weltbank den antikolonialistischen Forderungen bzw. den Forderungen gegenüber nationalen Regierungen, die den Grossmächten unterworfen sind, jegliche Legitimation. Würde diese vereinfachte Betrachtungsweise der Geschichte auf die entwickelten Länder übertragen, wäre das Ergebnis äusserst fragwürdig: Die Aufstände des Jahres 1967 in den Schwarzenghettos der US-amerikanischen Städte, welche Gleichberechtigung forderten, und die gemäss dem amerikanischen Historiker Howard Zinn zu den wichtigsten Begebenheiten der Geschichte der USA zählen, wären bei dieser Analyse nichts anderes als eine räuberische Aneignung materieller Ressourcen.

<sup>21</sup> J. Hirshleifer, zitiert in C. Cramer, „*Homo Economicus Goes to War: Methodological Individualism, Rational Choice and the Political Economy of War*“, *World Development*, Vol. 30, No 11, 2002, S. 1846 [eigene Übersetzung].

<sup>22</sup> P. Collier et al., *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*, Policy Research Report, Washington DC, World Bank, 2003.

Geht es indessen um die Motive (bzw. die Rechtfertigung) der „Kriege“, die von den entwickelten Ländern seit den 90er Jahren geführt wurden, so herrscht ein ganz anderer Diskurs vor. Die Glaubwürdigkeit der Machthaber, die humanitäre *Forderungen* stellen und ihre Militäraktionen als „gerechte Kriege“, „Kriege für die Menschenrechte“ oder dergleichen mehr rechtfertigen, wird in keiner Weise angezweifelt und die von ihnen vorgebrachten Motive als völlig uneigennützig dargestellt. Nach Ansicht des Forscherteams der Weltbank müsse man schliesslich zur Annahme gelangen, dass die Aufstände in den Ländern des Südens keine radikalen Protestbewegungen, sondern extreme Formen des organisierten Verbrechens seien. Die Anführer dieser Rebellionen seien bestrebt, ihr eigentliches Ziel zu tarnen, da sie die entscheidende Bedeutung „guter internationaler *Public Relations*“ erkannt hätten<sup>23</sup>. Die Gleichsetzung radikaler Protestbewegungen mit dem organisierten Verbrechen erinnern stark an die seit dem 11. September 2001 vorherrschenden nationalen Sicherheitsdoktrinen, die eine Infragestellung des Privateigentums mit terroristischen Machenschaften in Verbindung bringen.

Die kategorische Ausblendung der Gründe für „Rebellionen“ lässt damit die von der Weltbank untersuchte Stichprobe als bunt zusammengewürfelt erscheinen. So trifft man beispielsweise in einer von Paul Collier und Anke Hoeffler im Jahr 2000 veröffentlichten Studie Vietnam (1960-1964), Nicaragua (1975-1979) und den Irak (1990-1994) an. Die Schlussfolgerungen der Studie weisen die „historische Fatalität“ – sprich die Verantwortung der Kolonialisierung und des Neokolonialismus – bei den derzeitigen Kriegen zurück.

Eine Korrelation zwischen dem Vorhandensein natürlicher Ressourcen in einem Land oder einer Region und bewaffneten Konflikten nachzuweisen, ist das eine. Diese umstrittene Korrelation dann aber als Kausalzusammenhang zu interpretieren, ist eine ganz andere Sache – etwa so, als ob die medizinische Forschung die Risiken degenerativer Erkrankungen durch das Altern der Bevölkerung zu „erklären“ versuchte. Es gibt mindestens sieben verschiedene Argumentationslinien, mit denen sich der Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und Kriegen erklären lässt<sup>24</sup>. So könnte die Kausalität beispielsweise auch umgekehrt betrachtet werden: Die Kriege könnten die bestehende verarbeitende Industrie in einem Land zerstören und die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen erhöhen.

Jene Autoren, die diese Kausalbeziehung unter dem Schlagwort „Fluch der Ressourcen“ (*resource curse*) verfechten, bekunden indessen einige Mühe zu erklären, ob die „Gier“ (*greed*) – in einem Prozess, der an die „holländische Krankheit“<sup>25</sup> erinnert – durch den Überfluss an Ressourcen bedingt wird oder umgekehrt durch ihre Erschöpfung, wie es bereits Malthus voraussagte. Auf die

<sup>23</sup> P. Collier et al., *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*, Policy Research Report, Washington DC, World Bank, 2003, S. 3.

<sup>24</sup> M. Humphreys, „Aspects économiques des guerres civiles“, *Entendre les violences*, J. Cartier-Bresson, P. Salama (dir.), *Revue Tiers-Monde*, t. XLIV, Nr. 174, April-Juni 2003.

<sup>25</sup> Die Entdeckung riesiger Erdgasvorkommen in der Nordsee in den 60er Jahren wirkte sich namentlich in den Niederlanden aufgrund der Währungsaufwertung negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit anderer Industriegüter aus. Die „holländische Krankheit“ wurde 1982 von W. M. Corden und J. Peter Neary theoretisch erörtert („Booming Sector and De-Industrialisation in a Small Open Economy“, *The Economic Journal*, Vol. 92, No 368, 1982, S. 825-848).

letztgenannte Hypothese wird in der Literatur zu den „Umweltkonflikten“ bzw. zur „ökologischen Sicherheit“ häufig Bezug genommen. Im Lager der so genannten „Ökopessimisten“, das in Thomas F. Homer-Dixon einen einflussreichen Vertreter besitzt<sup>26</sup>, wird das zunehmende Chaos auf unserem Planeten – wozu auch Kriege zu zählen sind – auf den Raubbau an der Umwelt zurückgeführt. Aus dieser Feststellung ziehen amerikanische Strategen radikale Schlüsse und stellen Umweltkrisen häufig mit unkontrollierten massiven Migrationsbewegungen in Zusammenhang<sup>27</sup>. Erst kürzlich erklärte der britische Verteidigungsminister John Reid, der Mangel an Wasser und Agrarland sei ein wesentlicher Grund für den tragischen Konflikt in der Darfur-Region<sup>28</sup>.

Dass das Einkommensgefälle entscheidend zum Ausbruch von Konflikten beitragen kann, wird von Collier und seinen Kollegen bestritten. Im Zentrum ihrer Sichtweise stehen nicht die Staaten, sondern die Rebellen, und sie teilen die Auffassung Mancur Olsons, ein „stabiler Diktator“ (*stationary bandit*), der die gesamte erzielte Rente über Steuern abschöpft, sei als kleineres Übel in Kauf zu nehmen<sup>29</sup>.

Die Analysen der Forschungsgruppe der Weltbank werden aber auch in weiteren Punkten kritisiert. Der Gegensatz zwischen Forderungen und Gier wurde in zahlreichen empirischen Studien widerlegt. Auch die Methodik sowie die Variablen, die zur Gewinnung ökonomischer Ergebnisse verwendet wurden, sind stark umstritten<sup>30</sup>. Selbst aus rein empirischer Sicht erscheinen die Schlussfolgerungen dieser Studien fragwürdig<sup>31</sup>. In einer Analyse von 13 Konflikten konnte das Element der Gier nur gerade in vier Fällen nachgewiesen werden; auch wenn man eine breite Auslegung des Begriffs „Gier“ zulässt<sup>32</sup>. Zudem ist die zeitliche Abgrenzung der untersuchten Konflikte (1965-1995) willkürlich und lässt ausser Acht, dass die betreffenden Länder – häufig im Zuge der sich verändernden internationalen Beziehungen – einen bedeutenden soziopolitischen Wandel durchlaufen haben. „*L'histoire n'apparaît que sous la forme de l'évolution du taux de croissance sur les cinq dernières années, et de l'existence antérieure d'une guerre civile (sur cinq ans aussi) [...]*“<sup>33</sup>

Die Aufmerksamkeit, die der Rolle der natürlichen Ressourcen zuteil wird, erfordert indessen, dass gewisse Merkmale wie z. B. ihre räumliche Entfernung

<sup>26</sup> Eine Übersicht über die Debatte zwischen „Ökopessimisten und -optimisten“ bietet z. B. D. M. Schwartz, T. Deligiannis, T. F. Homer-Dixon, „The Environment and Violent Conflict: A Response to Gleditsch's Critique and Some Suggestions for Future Research“, *Environmental Change and Security Project Report*, No 6, Sommer 2000, S. 77-94.

<sup>27</sup> Eine populärwissenschaftliche Erörterung dieser These bietet der Journalist Robert Kaplan in „The Coming Anarchy: How Scarcity, Crime, Overpopulation, Tribalism, and Disease Are Rapidly Destroying the Social Fabric of Our Planet“, *The Atlantic Monthly*, Februar 1994, S. 44-76.

<sup>28</sup> Erklärung vom 27. Februar 2006, zitiert in M. Klare, *The Coming Resource Wars*, März 2006, <<http://www.tompaine.com>>.

<sup>29</sup> J.-P. Azam, P. Collier, A. Hoeffler, *International Policies on Civil Conflict: An Economic Perspective*, 14. Dezember 2001, <[http://users.ox.ac.uk/~ball0144/azam\\_coll\\_hoe.pdf](http://users.ox.ac.uk/~ball0144/azam_coll_hoe.pdf)>.

<sup>30</sup> C. Cramer, op. cit.

<sup>31</sup> M. Ross, „A Closer Look at Oil, Diamonds, and Civil War“, *Annual Review of Political Science*, Vol. 9, 2006, S. 265-300.

<sup>32</sup> M. Ross, *How Does Natural Resource Wealth Influence Civil War?*, Department of Political Science, UCLA, mimeo, 6. Dezember 2001.

<sup>33</sup> R. Marchal, C. Messiant, „De l'avidité des rebelles. L'analyse économique de la guerre selon Paul Collier“, *Critique internationale*, No 16, Juli 2002, S. 64.

von den Machtzentren, der Grad ihrer Konzentration oder die Art ihrer Nutzung berücksichtigt werden. In der Tat kann die Nutzung sehr verschieden sein, je nachdem, ob es sich um standortgebundene Ressourcen (*point-source resources*) – wie Bergwerke, die sehr kapitalintensiv sind – oder um verbreitet vorkommende Ressourcen (Diamanten, Mineralien, Holz, Agrarprodukte) handelt<sup>34</sup>. Diese Merkmale beziehen sich nicht nur auf räumliche Koordinaten oder technologische Daten, sondern vor allem auf sozioökonomische Räume, mit denen sie in einer wechselseitigen Beziehung stehen<sup>35</sup>. Bei der Untersuchung von Kriegen zwischen ethnischen oder anderen Gruppierungen, auf die sich die Ökonomen der Weltbank konzentrieren, müssen deshalb auch äussere Einflüsse berücksichtigt werden, die auf die betreffenden Länder einwirken.

## Die Einbettung in die Globalisierung

---

Die Verschiedenartigkeit der bewaffneten Konflikte und Kriege sowie die Vielfalt der natürlichen Ressourcen macht Verallgemeinerungen unmöglich. Die Ökonomen, welche die auf dem methodologischen Individualismus basierende vorherrschende Lehre vertreten, behaupten jedoch, das Motiv jeden Krieges sei im egoistischen und berechnenden Verhalten der Akteure (welches das rationale Individuum kennzeichnet) zu suchen, nämlich in der Gier (*greed*). Die Ursachen der Kriege sind somit *endogener* Natur. Angesichts des Ausmasses der Tragödien, welche die Welt erschüttern, kommen die Autoren allerdings nicht umhin, die Zusammenhänge der Kriege mit der Globalisierung zu präzisieren, dies umso mehr, als sie einer der internationalen Finanzinstitutionen angehören, deren globale Mission unbestreitbar ist. Im Rahmen der Präsentation einer Studie lieferte Nicholas Stern, der Chefökonom der Weltbank, unter dem Titel „Lokale Kriege, weltweite Opfer“ (*Local Wars, Global Casualties*) folgende Erklärung: Die Welt sei zu klein und zu stark vernetzt, als dass sich die Auswirkungen eines Bürgerkriegs auf das Gebiet des betreffenden Landes beschränken liessen<sup>36</sup>. Aus dieser Feststellung lassen sich zwei Hypothesen ableiten: Konflikte haben interne Ursachen, und die wechselseitigen Abhängigkeiten führen dazu, dass lokale Kriege weltweit Opfer fordern.

Die vorliegende Analyse schlägt eine umgekehrte Betrachtungsweise vor: Der Gärstoff für diese „lokalen Kriege“ sind die „weltweiten Opfer“, an deren Schicksal die Programme der Weltbank beileibe nicht unschuldig sind. Überdies ist die Bezeichnung „Bürgerkriege“ trügerisch, denn sie verleitet dazu, jegliche Beziehung mit der äusseren Umgebung auszublenden. Dabei sind diese Kriege auf vielfältige Art mit dem wirtschaftlichen Globalisierungsprozess verflochten.

<sup>34</sup> R. Auty (ed.), *Resource Abundance and Economic Development*, Oxford, Oxford University Press, 2001.

<sup>35</sup> P. Le Billon (ed.), *The Geopolitics of Resource Wars: Resource Dependence, Governance and Violence*, London, Frank Cass, 2005.

<sup>36</sup> World Bank, *World Bank Urges International Action to Prevent Civil Wars*, Press Release, 14. Mai 2003.

Die Ressourcen, welche die Grundlage der Ökonomie dieser Kriege bilden, verbleiben nicht in den Kriegsgebieten, sondern gelangen auf die Weltmärkte, die sich mehrheitlich in den Ländern des Nordens befinden. Im Falle der Diamanten und anderer „wertvoller“ Rohstoffe, die von der Bevölkerung in den Herkunftsländern nicht „konsumiert“ werden können, wird dies besonders deutlich. Die Kriege in Liberia und in Sierra Leone, die Hunderttausende Tote forderten und Millionen Menschen zu Vertriebenen machten, wurden durch die Diamantenexporte finanziert, die unter Charles Taylor eine Blütezeit erlebten. Ein Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000<sup>37</sup> geht davon aus, dass die so genannten „Blutdiamanten“ rund 20 Prozent der weltweiten Produktion stellten. Die Exportkanäle und die Mittelsmänner des Diamantenhandels sind bekannt, und es waren längst nicht nur Konfliktparteien beteiligt: *„Others must therefore be added to the list of predators: De Beers, Tiffany, Cartier, Harry Winston; the governments of Belgium, Israel and Britain which benefitted from the taxes derived from diamond sales, never once asking, for example, how \$ 2.2 billion worth of diamonds might have been produced in a country like Liberia in only five years.“*<sup>38</sup>

Ähnlich verhält es sich mit dem Holzhandel: Dieser bescherte der Regierung Taylor sehr rasch zusätzliche Einnahmen. Wer aber profitierte von der Plünderung der Wälder? Die Regierungen Chinas und Frankreichs traten mit der Befürchtung an die Öffentlichkeit, ein Embargo könnte gravierende soziale Auswirkungen nach sich ziehen. Dass diese Bedenken ausgerechnet von jenen beiden Ländern geäußert wurden, die im Jahr 2000 46,4 bzw. 17,9 Prozent der gesamten Nutzholzexporte Liberias aufkauften, blieb natürlich nicht unbemerkt. Aber noch weitere natürliche Ressourcen, die für die von Habgier geprägten Kriegsökonomien eine wichtige Rolle spielen, sind für die Weltmärkte von grosser Bedeutung. Sie dienen weniger für den Verbrauch der *Konsumenten* in den Ländern des Nordens, sondern als Produktionsfaktoren (*inputs*) für den Fabrikationsprozess der Unternehmen<sup>39</sup>.

Die Rolle der Länder des Nordens ist indessen nicht auf ihre massive *Nachfrage* nach natürlichen Ressourcen beschränkt. Häufig sind Industrie- und Finanzkonzerne – die UNCTAD spricht von so genannten transnationalen Unternehmen (*transnational companies, TNC*) – massgeblich an der Förderung und Verarbeitung dieser Rohstoffe beteiligt und treten damit, wirtschaftlich ausgedrückt, zugleich auf der *Angebotsseite* auf. Dies ist ein weiterer Aspekt der Wechselbeziehung zwischen „lokalen“ Konflikten und Weltmärkten.

Wie bereits erwähnt, haben transnationale bzw. multinationale Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit untrennbar mit natürlichen Ressourcen verknüpft ist, in

<sup>37</sup> UN Security Council, *Report of the Panel of Experts Appointed Pursuant to Security Council Resolution 1306 (2000), paragraph 19, in Relation to Sierra Leone, S/2000/1195*, Dezember 2000.

<sup>38</sup> Ian Smillie, *Securing Sustainable Development: Trade, Aid and Security. Diamonds, Timber and West African Wars*, <[http://www.iisd.org/pdf/2002/envsec\\_diamonds\\_timber.pdf](http://www.iisd.org/pdf/2002/envsec_diamonds_timber.pdf)>.

<sup>39</sup> Dieser Sachverhalt wird von den NGO häufig sehr präzise dokumentiert. Siehe dazu auch Global Witness, *Under-Mining Peace: Tin – the Explosive Trade in Cassiterite in Eastern DRC*, Juni 2005. Kassiterit (Zinnstein) ist einer der zahlreichen Bodenschätze, die in der Demokratischen Republik Kongo gefördert werden. Die wichtigsten Abnehmerländer sind Brasilien, Frankreich, Deutschland, Japan, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten.

der Regel eine langjährige Erfahrung mit gewaltsamen Auseinandersetzungen, die bis in die Anfänge der Kolonialzeit zurückreicht. Grundsätzlich wirken sich die Unsicherheiten und Risiken, die durch das politische Chaos in den Ländern des Südens, durch bewaffnete Konflikte und soziale Katastrophen (Pandemien, Hungersnöte) hervorgerufen werden, negativ auf die Investitionsbereitschaft transnationaler Unternehmen aus. Allerdings hat das wirtschaftliche und geopolitische Umfeld, in dem sie tätig sind, seit der Jahrtausendwende einen tief greifenden Wandel erlebt. Die Unsicherheit ist heute ein integrierter Bestandteil strategischer Überlegungen. Der 11. September 2001 stellte diesbezüglich einen Wendepunkt dar. Seither scheint sich langsam, aber sicher die Überzeugung durchzusetzen, dass die Globalisierung nicht nur durch den Freihandel und die auf Privateigentum beruhende Marktwirtschaft, sondern auch durch zunehmende Unsicherheit geprägt ist. Selbst die Finanzmärkte, die in der Literatur gerne als risikoscheu (*risk-averse*) charakterisiert werden, verzeichnen seit einigen Jahren wieder einen Aufschwung – wenn auch in Erwartung des nächsten Krachs. An der Wall Street, dem Epizentrum des globalen Finanzwesens, scheint sogar die „*New Economy*“ als dominierendes Schlagwort der 90er Jahre durch jenes des „permanenten Kriegs“ abgelöst worden zu sein<sup>40</sup>.

Eine Prognose der UNCTAD für den Zeitraum 2005-2008<sup>41</sup> lässt darauf schließen, dass sich bei den im Produktionssektor tätigen multinationalen Unternehmen die Beunruhigung angesichts der Bürgerkriege (und der politischen Instabilität) in Grenzen hält. Von acht Risiken für Direktinvestitionen im Ausland schätzten die Führungskräfte der befragten multinationalen Unternehmen jene, die typischerweise mit Entwicklungsländern in Verbindung gebracht werden – nämlich Protektionismus, Finanzinstabilität und geringes Wachstum –, als die drei wichtigsten ein, während jene im Zusammenhang mit Bürgerkriegen und politischer Instabilität an letzter Stelle genannt wurden. In der Tat haben die multinationalen Unternehmen, die oft seit Jahrzehnten in den betroffenen Regionen präsent sind, aus den seit langem andauernden Konflikten gelernt, und sind heute in der Lage, diesen Faktor in ihren strategischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Förderung von Erdöl auf Offshore-Feldern, in sicherer Distanz zum Kriegsgeschehen, ist weitaus weniger problematisch als die Bewirtschaftung von Ressourcen (wie Holz oder Diamanten), die aufgrund ihrer Nähe zu den Kriegsschauplätzen direkt von der Bevölkerung angeeignet werden können<sup>42</sup>. Die Haltung der einzelnen multinationalen Konzerne muss somit abhängig von der Art und dem Standort der Produktion sowie vom Druck, den NGO im Land des Unternehmenssitzes auf sie ausüben, differenziert betrachtet werden. Fest steht indessen, dass die multinationalen Konzerne gelernt haben, die Vielzahl der Risiken zu bewältigen, und danach streben, diese in die lau-

<sup>40</sup> Zu den Beziehungen zwischen heutigem Finanzkapital und Militarismus siehe L. Mampaey, C. Serfati, „Les groupes de l'armement et les marchés financiers: vers une convention, guerre sans limites?“ in *La finance mondialisée. Racines sociales et politiques, configuration, conséquences*, F. Chesnais (dir.), Paris, La Découverte, 2004. Für einen Rückblick auf das ausgehende 19. Jahrhundert siehe C. Serfati, „Finance et militarisme: qu'avons-nous appris du passé?“ in *Mondialisation et déséquilibres Nord-Sud*, C. Serfati (dir.), Peter Lang, 2006.

<sup>41</sup> *Prospects for Foreign Direct Investment and the Strategies of Transnational Corporations 2005-2008*, UNCTAD, 2006.

<sup>42</sup> J. D. Fearon, „Why Do Some Civil Wars Last So Much Longer than Others?“ *Journal of Peace Research*, Vol. 41, No 3, 2004, S. 275-301.

fende Berechnung ihres *Return-on-Investment* zu integrieren. Jene, die sich trotz der Kampfhandlungen nicht aus dem Kriegsgebiet zurückziehen wollen, nehmen in grossem Umfang die Dienste privater Militärfirmen („*private military companies*“, PML) in Anspruch<sup>43</sup>. Dabei handelt es sich häufig um multinationale Unternehmen, und ihr beträchtlicher Aufschwung ist ein weiteres Indiz für den Zusammenhang zwischen Globalisierung und lokalen Kriegen<sup>44</sup>.

Sie sind in mehr als fünfzig Ländern präsent und haben in gewissen Konflikten (Angola, Kroatien, Äthiopien-Eritrea, Sierra Leone usw.) eine entscheidende Rolle gespielt. Man kennt auch die Bedeutung des Einsatzes privater Militärfirmen im Irakkrieg und bei der Besetzung durch die von den USA angeführte Koalition.

Von der Verflechtung der Kriege mit der Globalisierung zeugen noch weitere Aspekte, namentlich im Finanzbereich. Die wachsende Zahl von Steuerparadiesen ist auf die Aufhebung zahlreicher reglementarischer Auflagen für die Finanzmärkte zurückzuführen. Die Globalisierung des Finanzwesens hat somit den in Kriege verwickelten Regierungen und militärischen Gruppierungen zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, die Gewinne aus der Aneignung natürlicher Ressourcen auf „sicheren“ Finanzplätzen zu deponieren, die sich mehrheitlich in den Ländern des Nordens befinden. Die Präsidenten Nigerias (General Sani Abacha), des Kongos (General Mobutu) und Gabuns (Omar Bongo) konnten auf diese Weise Hunderte Millionen, wenn nicht Milliarden Dollar unterschlagen<sup>45</sup>.

## Die Intervention internationaler Institutionen

Die Präsenz multinationaler Unternehmen in bewaffneten Konflikten bzw. in nahe gelegenen Regionen, in die die natürlichen Ressourcen transportiert werden, stiess bei den lokalen Bevölkerung auf Widerstand und veranlasste verschiedene NGO, dokumentierte Untersuchungen durchzuführen. Darüber hinaus rief sie auch die internationalen Organisationen auf den Plan. Im Dezember 2000 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, die im November 2002 zur Ausarbeitung eines Zertifizierungsschemas des so genannten „Kimberley-Prozesses“ führte, das auf die Regulierung des Diamantenhandels abzielt. Zwar wurden im Kampf gegen den Handel mit Blutdiamanten Fortschritte erzielt, jedoch sind die Anstrengungen der Unternehmen der Branche, die obligatorische Kontrolle des Rohdiamantenflusses zwischen der Mine und dem Ort der Ausfuhr sicherzustellen, weiterhin unzureichend<sup>46</sup>.

<sup>43</sup> Vgl. P. W. Singer, *Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry*, Ithaca, Cornell University Press, 2003.

<sup>44</sup> Folgendes Beispiel soll stellvertretend für viele andere diesen Sachverhalt illustrieren: Die meisten grossen Erdölkonzerne waren in Angola präsent. Der britischen NGO Global Witness zufolge wurde ein bedeutender Anteil der 900 Millionen Dollar, die von den Konzernen (Chevron, Elf Aquitaine, BP, Exxon Mobil) zur Sicherung ihrer Produktionsstätten und Offshore-Förderrechte ausgegeben wurden, für die Beschaffung von Waffen verwendet. Global Witness, *A Crude Awakening*, London, Global Witness, 1999.

<sup>45</sup> J. M. Winer, *Illicit Finance and Global Conflict*, FAFO Report, No 380, März 2002.

<sup>46</sup> Global Witness, *The Kimberley Process Certification Scheme on the Occasion of Its Third Anniversary*, An Independent Commissioned Review, Februar 2006, <<http://www.kimberleyprocess.com>>.



Im Anschluss an eine Reihe von Untersuchungen, die zwischen 2000 und 2003 von der UNO durchgeführt wurden und die Verantwortung der Unternehmen in Bezug auf die Kriege in der Region der Grossen Seen unterstrich, leitete auch die OECD verschiedene Massnahmen ein, die das Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen in Bezug auf Konflikte, die mit Erzen im Zusammenhang stehen, stärken sollen. Die Unternehmen, deren Mitschuld an den Konflikten allerdings nicht erwähnt wird, müssen sich an die drei Grundprinzipien „Gewinnorientierung, soziale Verantwortung und gute Regierungsführung“ halten (*Triple-Bottom-Line*)<sup>47</sup>. Die Deklaration der OECD über Direktinvestitionen und multinationale Unternehmen (*Declaration on International Investment and Multinational Enterprises*), ein Dokument von hohem Stellenwert, umfasst einen Anhang mit dem Titel *The OECD Guidelines for Multinational Enterprises*, der diesen Fragen gewidmet ist. Dass die Einhaltung dieser Richtlinien für die Staaten zwingend, für die Unternehmen indessen freiwillig ist, wurde von verschiedenen Seiten moniert<sup>48</sup>. Unter den weiteren Initiativen sind die *Voluntary Principles on Security and Human Rights*, der im Rahmen des Global Compact von der UNO lancierte Dialog über den Privatsektor in Konfliktgebieten sowie die *Extractive Industries Transparency Initiative* zu nennen.

Dass sich von allen internationalen Institutionen die Weltbank am stärksten in der Konfliktproblematik engagiert, überrascht nicht. Ihr Forschungsprogramm über die Ökonomie der Konflikte wurde weiterentwickelt. Das von Paul Collier geleitete Projekt *Economics of Civil War, Crime and Violence* (1998-2005) wurde durch ein neues Projekt mit dem Titel *Post-Conflict Transitions* abgelöst. Gemäss der Überzeugung, die Ursachen für den Ausbruch und das Andauern von Konflikten seien hauptsächlich im Land selbst zu suchen, orientiert sich die Weltbank in ihrer Haltung an den Prinzipien, die in der zweiten Etappe des Konsens von Washington vereinbart wurden. Dieser nennt unter anderem gute Regierungsführung, Demokratie und Verantwortung (*accountability*) als Ziele und skizziert eine neoliberal geprägte politische Ökonomie der Globalisierung<sup>49</sup>.

Die neue Strategie der Weltbank, Empfehlungen zur guten Regierungsführung zu formulieren, tritt am Projekt für den Bau einer Ölpipeline zwischen dem Tschad und Kamerun deutlich zutage<sup>50</sup>. Ein grosser Teil der von der Weltbank bereitgestellten Gelder wurde auf ein Entwicklungskonto überwiesen, das von einer Expertengruppe überwacht wurde. Damit sollte vermieden werden, dass das Geld zur Bestechung oder für Waffenkäufe missbraucht wird. Dieses Ziel scheint allerdings verfehlt worden zu sein. Angesichts der systematischen Betrügereien der Regierung des Tschads beschloss die Weltbank im April 2006, ihre Kredite einzufrieren. In der Zwischenzeit hatte die von der Weltbank eingesetzte *International Advisory Group*, welche die Durchführung des Projekts überwachen sollte, in ihren Berichten bestätigt, dass das Konsortium aus Ölgesellschaften von den Bauern bewirtschaftetes Land ohne Entschädigung beschlagnahmte.

<sup>47</sup> OECD, *Helping Prevent Violent Conflict*, Policy Brief, OECD, 2002.

<sup>48</sup> Anne Huser, *Doing Business in Conflict Zones: Implementing the OECD Guidelines for Multinational Enterprises*, Paper for the WIDER conference „Making Peace Work“, Helsinki, 4-5 June 2004.

<sup>49</sup> C. Serfati, „L'économie politique de la mondialisation“, in *Mondialisation et déséquilibres Nord-Sud*, op. cit.

<sup>50</sup> V. Haufler, „Foreign Investors in Conflict Zones: New Expectations“, University of Maryland, 2006, <[http://www.ridgway.pitt.edu/docs/working\\_papers/PENE/HauflerFinalCopy.pdf](http://www.ridgway.pitt.edu/docs/working_papers/PENE/HauflerFinalCopy.pdf)>.

Die Kritik an die Adresse der Weltbank lautet, die Ausrichtung auf „gute Regierungsführung und Demokratie“ leiste dem Zustrom von ausländischem Kapital, der zunehmenden Privatisierung grundlegender Infrastrukturen und der erzwungenen Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse der Industrieländer Vorschub. Die Kritik richtet sich unter anderem gegen die Multilaterale Investitions-garantie-Agentur (MIGA) der Weltbank, die seit ihrer Gründung Garantien für rund 800 Projekte im Gesamtumfang von knapp 15 Milliarden Dollar bereitgestellt hat. Der Grossteil dieser Gelder wurde als Garantien für Finanzinstitute verwendet, um ihnen Schutz vor Markt- (Wechselkursrisiken), Enteignungs- und Kriegsrisiken zu bieten. Darüber hinaus unterstützt die MIGA Industrieprojekte im Energiesektor. Die Prospektierung von Öl und Gas sowie der Ausbau der Infrastruktur in dieser Branche ist mit Abstand der zweitwichtigste Tätigkeitsbereich der MIGA. Parallel dazu hat die Weltbank zwischen 1992 und 2003 Energieprojekte im Umfang von 10,5 Milliarden Dollar finanziert, von denen mehrheitlich die multinationalen Unternehmen der Länder des Nordens profitieren. Schätzungen zufolge waren in diesem Zeitraum 80 Prozent der von der MIGA finanzierten Produktion für Westeuropa, Kanada, die USA, Australien, Neuseeland und Japan bestimmt<sup>51</sup>. Projekte im Bereich der alternativen Energien sind eine kleine Minderheit (14 Prozent).

## Renten, Kriege und Globalisierung

### Das Streben nach Renten im Aufwind

Trotz der vielschichtigen Verflechtung der heutigen Kriege mit den Weltmärkten und dem globalisierten Finanzwesen ist die Literatur der vorherrschenden und von der Weltbank verbreiteten Lehre hauptsächlich auf die überragende Rolle der natürlichen Ressourcen und die innerstaatlichen Probleme der betroffenen Länder fokussiert: Dass Kriegsherren und Staatschefs Renten abschöpfen, Korruption und Gewalt geschürt werden, die Entfaltung der Demokratie behindert wird und schliesslich das Wirtschaftswachstum ins Stocken kommt, sei im Wesentlichen der schlechten Regierungsführung zuzuschreiben. Ausgehend von diesen Feststellungen, die der *Public-Choice*-Schule entstammen, gelangt die Weltbank zur Überzeugung, dass mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft Grundsätze guter Regierungsführung durchgesetzt werden müssen. Dies bedeutet nichts anderes als die Durchsetzung einer Regelung von Eigentumsrechten<sup>52</sup>, die den alleinigen Anspruch der Eigentümer auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen garantiert. Es geht also nicht darum, das Erzielen einer Rente aus Naturressourcen zu unterbinden, sondern um die Errichtung international gültiger Bestimmungen, die das Abschöpfen dieser Rente durch die Privatwirtschaft rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang soll kurz auf die Frage der *Rente* eingegangen werden, denn diese steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Argumentation<sup>53</sup>, obwohl ihre

<sup>51</sup> A. Simms, J. Oram, P. Kjell, *The Price of Power: Poverty, Climate Change, the Coming Energy Crisis and the Renewable Revolution*, New Economics Foundation (NEF), 2004.

<sup>52</sup> Diese Auffassung scheint dermassen tief verwurzelt zu sein, dass der Begriff gemeinhin mit Privateigentumsrechten gleichgesetzt wird.

<sup>53</sup> Der neoklassischen Lehre zufolge ist das *Rent-Seeking* ein grundlegender Wesenszug jedes Wirtschaftssubjekts.

Stellung in der vorherrschenden Lehre ungewiss ist. So gilt eine Rente als etwas Positives, wenn sie auf der Fähigkeit des Unternehmers im Schumpeterschen Sinne gründet, der aufgrund seiner Innovationsfähigkeit eine Monopolrente erzielt. Negativ wäre indessen eine Rente zu beurteilen, wenn sie beispielsweise auf den Forderungen von Arbeitnehmern beruht, die sich zur Verteidigung ihrer Interessen zusammengeschlossen haben. Einer der bedeutendsten Vertreter der *Public-Choice*-Schule gelangte zum Schluss, dass jene Länder, in denen Kräfte, welche eine Umverteilung des Einkommens fordern, durch ein totalitäres Regime oder eine militärische Besatzungsmacht zurückgebunden oder gar verboten wurden, mit einem relativ beständigen Wachstum rechnen können, sobald eine stabile gesetzliche Ordnung errichtet wurde<sup>54</sup>. Wie kommt es, dass ein totalitäres Regime eine so positive Rolle spielen kann? Weil der Diktator dazu angereizt wird, das Wirtschaftswachstum seines Landes zu maximieren, um für sich selbst ein Maximum an Gewinnen abschöpfen zu können<sup>55</sup>.

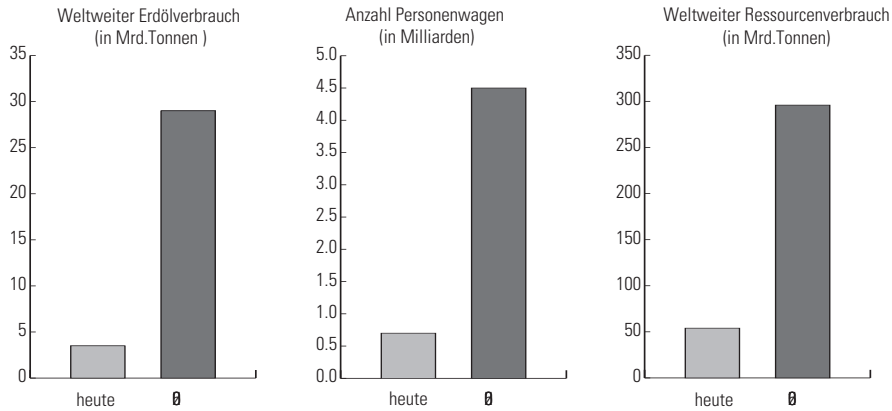
Die Nutzung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, ist selbstverständlich legitim, unter der Voraussetzung allerdings, dass dabei zwei entscheidende Faktoren berücksichtigt werden: Das auf dem Güterprimat beruhende Produktions- und Konsummodell, das im Begriff ist, sich weltweit als Norm durchzusetzen, geht mit einer enormen Verschwendung natürlicher Ressourcen, mit der Erschöpfung gewisser lebenswichtiger Ressourcen und mit einer rapiden Zunahme ökologischer und gesundheitlicher Katastrophen einher. Dieser Wettlauf, an dem sich nun auch China und Indien beteiligen, ist unnachhaltig und langfristig fatal (Abbildung 3). Dies zeigen gewisse Studien, die sich mit dem so genannten „ökologischen Fussabdruck“ (*global footprint*) befassen. Werden die natürlichen Ressourcen und die lebenswichtigen Güter mit allen Mitteln einer Minderheit der Weltbevölkerung vorbehalten, wird sich das Ungleichgewicht zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens verstärken, und die so genannte „ökologische Schuld“ des Nordens gegenüber dem Süden wird weiter zunehmen.

Die Absicht der Regierungen der entwickelten Länder, ihre Kontrolle über die Ressourcen aufrechtzuerhalten, die für das weitere Funktionieren eines solchen Wirtschaftssystems unverzichtbar sind, ist mit ein Hauptgrund für die heutigen Kriege und Konflikte, auch wenn sich diese von den Kriegen unterscheiden, die vor mehr als einem Jahrhundert zur Eroberung rohstoffreicher Gebiete geführt wurden. Entgegen in der Literatur häufig vertretenen Annahmen sind nicht nur „zerrüttete Staaten“ (die US-Regierung prägte den Begriff der *failed states*), „arme Länder mit schwachen Strukturen“ (die Weltbank spricht von *Low-Income Countries under Stress, LICUS*) oder „schwache Staaten“ (OECD) von Kriegen um Ressourcen betroffen. Die vergangenen und gegenwärtigen Kriege im Mittleren Osten, dessen Ölreserven für die Wirtschaft der entwickelten Länder lebenswichtig sind, haben wenig mit zerrütteten Staaten zu tun, sind doch die mächtigsten Länder der Erde direkt darin verwickelt.

<sup>54</sup> M. Olson, *The Rise and Decline of Nations: Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven, London, Yale University Press, 1982, S. 75.

<sup>55</sup> M. Olson, „Dictatorship, Democracy and Development“, *American Political Science Review*, Vol. 87, No 3, September 1993, S. 567-576.

**Abbildung 3: Ressourcenverbrauch im Jahr 2050 unter der Annahme, dass der Lebensstandard auf der ganzen Welt demjenigen der USA entspricht**



Quelle: Sustainable Europe Research Institute (SERI), *Europe's Global Responsibility*, 2005, <[http://www.foeeurope.org/publications/2006/SERI\\_FoEE\\_EN.pdf](http://www.foeeurope.org/publications/2006/SERI_FoEE_EN.pdf)>.

Aber damit nicht genug: Der vorherrschenden ökonomischen Lehre zufolge ist die Globalisierung ein Prozess, der es endlich erlauben wird, den Idealtyp des Marktes in der Realität umzusetzen. Die weltweite Ausbreitung der Marktwirtschaft beruht auf der Generalisierung von Eigentumsrechten am Kapital. Die Errichtung und Durchsetzung „stabiler“ Eigentumsrechte in Bezug auf natürliche Ressourcen, wie sie von der Welthandelsorganisation (WTO) im Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) verfochten werden, beschränkt sich nicht auf die von „Kriegen um Ressourcen“ zerissenen Länder. Diese Doktrin, die auf der Überzeugung beruht, dass nur das Kapital (das Privateigentum) die Lebensgrundlagen sichern kann, wird von der Weltbank in den Ländern des Südens propagiert und führt zur Privatisierung der genetischen Ressourcen (Saatgut, Pflanzen usw.). In diesen Ländern lässt sich heute indessen kein „interner“ Konflikt zwischen den Gemeinschaften erkennen, die diese Ressourcen nutzen. Hingegen üben sie eine magische Anziehungskraft auf die grossen Pharma- und Biotechnologiekonzerne aus. Diese fordern häufig eine Enteignung der einheimischen Bevölkerung, die sich notfalls mit Gewalt zur Wehr setzt. Die organisierten Mordfeldzüge gegen Bevölkerungsgruppen (beispielsweise in Amazonien), die sich diesen Forderungen widersetzen, werden in den Untersuchungen der Weltbank nicht erfasst, denn das Verhalten dieser Gruppen gilt nicht als Auflehnung gegen die Staatsgewalt.

### Ein hierarchisierter und differenzierter Universalisierungsprozess

Die Ausdehnung der Eigentumsrechte auf natürliche Ressourcen und auf das Leben (genetische Ressourcen, Saatgut) ist eine Begleiterscheinung des Prozesses, der es dem globalen Finanzwesen – bzw. dem Finanzkapital – seit zwanzig Jahren erlaubt hat, seine unbestrittene Vormachtstellung wiederzuerobern.

Das Finanzkapital war die treibende Kraft der Globalisierung<sup>56</sup>. Es beruht auf einer einmaligen sozialen Beziehung, die sich von derjenigen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber am Produktionsort unterscheidet. Es eröffnet Institutionen und Haushalten, die finanzielle Eigentumsrechte (Aktien, Obligationen, Schuldscheine usw.) besitzen, die Möglichkeit zur Abschöpfung einer Rente, die letzten Endes auf der durch Arbeit und bestehenden Reichtum erzielten Wertschöpfung beruht. Die heutige Globalisierung symbolisiert eine Tendenz, die der von Keynes im Schlusswort zu seiner *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* erhofften „sanften Euthanasie des Rentiers“ diametral zuwiderläuft. Nicht nur geografische Räume, auch andere Bereiche wie Gesundheit, Wissen und genetische Ressourcen sollen dem Primat des Privateigentums unterstellt werden und neue Aussichten auf Renten eröffnen. In diesem Sinne ist die Weltwirtschaft in der Tat weltumspannend geworden. Aber diese *Universalisierung* der „Marktlöge“, die durch das Verschwinden der Länder des „real existierenden Sozialismus“ und den gleichzeitigen Vormarsch neoliberaler Politiken auf der ganzen Welt begünstigt wurde, hat nichts mit der Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für die Wertschöpfung und für die Aneignung von Reichtum zu tun. Im Gegenteil: Die Globalisierung ist ein *hierarchisierter* und *differenzierter* Prozess und von den Konvergenzmodellen, die in den 90er Jahren in den internationalen Finanzinstituten zirkulierten, weit entfernt.

Vor diesem Hintergrund sind denn auch die „Kriege um Ressourcen“ zu betrachten<sup>57</sup> – wobei die Kriege, die in den 90er Jahren von den Ländern des Nordens selbst geführt wurden, natürlich nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Die Formulierung dieser Hypothese bedeutet nicht, sich einen ähnlich reduktionistischen Analyserahmen wie die dominierende Lehre anzueignen und die Globalisierung zum Sündenbock zu machen. Es geht vielmehr darum, die Globalisierung als *komplexe Kette von Wechselbeziehungen* – wie sie im Allgemeinen definiert wird – zu betrachten, die „globalen“ wirtschaftlichen Dynamiken zu verstehen und die gesellschaftlichen, öffentlichen und privaten Kräfte zu identifizieren, die sie antreiben oder zumindest beeinflussen, ihre Auswirkungen steuern und die Verteilung der Gewinne und Kosten regeln.

Die Fragmentierung der sozioökonomischen Räume (Zusammenbruch vieler Staaten), die Vernichtung zahlreicher Bevölkerungen durch Krankheiten und Mangelernährung und die zunehmenden Umweltkatastrophen sind unvermeidliche und nicht kontrollierbare Begleiterscheinungen der Logik, die den Globalisierungsprozess dominiert, und illustrieren einige seiner Wesenszüge. Dasselbe gilt für die „Kriege um Ressourcen“, die in gewissen Regionen der Welt existieren. Das Engagement der Weltbank und die Verpflichtung grosser, weltweit tätiger Finanz- und Industriekonzerne gegenüber den internationalen Institutionen, sich an Richtlinien zur *sozialen Verantwortung* gegenüber den Ländern des Südens zu halten, sollen diese zerstörerischen Auswirkungen vermeiden oder zumindest begrenzen.

Die Branche der Rohstoffgewinnung ist genauso wie die verarbeitende Industrie (Automobil-, Elektronik-, Bekleidungsindustrie usw.) von der Globalisierung

<sup>56</sup> F. Chesnais (dir.), *La finance mondialisée. Racines sociales et politiques, configuration, conséquences*, coll. Textes à l'appui/Economie, Paris, La Découverte, 2004.

<sup>57</sup> C. Serfati, *Impérialisme et militarisme au XXI<sup>e</sup> siècle*, op. cit.

der Produktionsprozesse (globale Wertschöpfungsketten) betroffen. Verglichen mit anderen Branchen sind in Bezug auf die natürlichen Ressourcen jedoch ganz spezielle und im wahrsten Sinne des Wortes *lebenswichtige* Herausforderungen zu bewältigen. Einige dieser ökonomischen, geopolitischen, gesellschaftlichen und ökologischen Fragestellungen wurden in diesem Beitrag angesprochen. Es hat sich gezeigt, dass die Verteilung des Reichtums an natürlichen Ressourcen – einschliesslich der daraus erzielten Renten – überaus komplex ist. Tatsächlich sind an der globalen Wertschöpfungskette zahlreiche Akteure beteiligt, darunter die Staaten oder Teilstaaten, welche die Gebiete mit Waffengewalt kontrollieren, die multinationalen Unternehmen und die Netzwerke, welche die Naturressourcen vom Ort ihrer Gewinnung bis zu den zahlungskräftigen Märkten und zu den Steuerparadiesen befördern (die einen Teil des Vermögens beherbergen, das aus der Kriegsökonomie stammt), welche grösstenteils in den Ländern des Nordens angesiedelt sind. Die Verteilung der Wertschöpfung und das Abschöpfen von Renten setzen indessen auch eine immer offenkundigere direkte Beteiligung der internationalen Gemeinschaft voraus. Die politische Ökonomie der Kriege um Ressourcen wird dadurch noch stärker in den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung eingebunden.